

(S)Eine "grüne Welt", in der alles, was auf ihr geschieht, dem Untergang geweiht ist.

Zum Leserbrief: "Wenn Ideologie Tatsachen verdrängt" von Hans Ritt vom 6. November 2018 in der Straubinger Rundschau

[von Alexander Franz]"Es ist schockierend, dass Johann Meindorfer in seinem Beitrag kein einziges Mal auf die Klimaschutzmaßnahmen des Freistaates Bayern eingeht, diese fachlich analysiert und sachlich bewertet."

Des Weiteren wirft Hans Ritt Johann Meindorfer ideologisch fokussiertes Denken, "in seiner grünen Welt" weit weg von jeglicher Vernunft vor.

Eine Zahl sticht in der Verlautbarung noch hervor. Und zwar die 190 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2017/2018 in das "Klimaschutzprogramm Bayern 2050" bereitgestellt hat.

Stattliche 190 Millionen Euro für den Klimaschutz, die unser "Vorzeige-Freistaat" im betreffenden Zeitraum aufbrachte klingt zumindest meiner Meinung nach mehr, als es denn in Wirklichkeit ist.

Fernstraßen werden zwar vom Bund finanziert. Trotzdem handelt es sich hierbei um Steuermittel, die hierfür in Bayern ausgegeben werden.

1,9 Milliarden Euro wurden laut des Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (vom Bund) allein in 2018 für die Planung, den Bau, und die Instandhaltung der Bundesfernstraßen in Bayern investiert. Davon wurden 538 Millionen für den Um- und Ausbau und 840 Millionen für die Bestandserhaltung verwendet. Bei den Staatstraßen (Finanzierung vom Freistaat) schlägt hier ein Budget von insgesamt 450 Millionen Euro zu Buche. Die Tendenz im Bayerischen Steuervolumen, welches im jährlichen Haushalt für den (staatlichen)Straßenausbau investiert wird, geht (abgesehen von einem leichten Rückgang der Investitionen in 2011) stetig nach oben. Man könnte anhand dieser Zahlen ebenso gut sagen: Weg von der Schiene - Rauf auf die Straße.

Ein Erhalt der eigenen Lebensgrundlage setzt ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein von Politik, der Wirtschaft und jedes Einzelnen von uns voraus. Und zwar dahingehend, dass wir alle den Klimaschutz im Wirtschaftswesen, dem Konsum, der Mobilität und im Ernährungsverhalten in unsere eigenen Lebensgewohnheiten mit einbeziehen. Dafür setzt sich mit sehr viel ehrenamtlichen Engagement Johann Meindorfer ein.

Leider gibt es hier in Straubing zu wenige Leute seines Schlages, die auf umweltpolitischer Ebene Missstände mit einer bewundernswerten Behäbigkeit immer und wieder immer anprangern und konstruktive Verbesserungsvorschläge in Diskussionen einbringen. Was sein Tun und Handeln authentisch wirken lässt: Er lebt auch nach einer möglichst umweltverträglichen Art und Weise. Einen solchen Menschen als Jemanden zu bezeichnen, bei dem Fakten und Sachargumente nicht mehr greifen, lässt schon verwundern. Eigentlich läge es an unseren gewählten Parlamentariern, die Leitplanken zugunsten einer umweltverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise zu setzen.

Um den Dreh- und Angelpunkt aufzugreifen, bei der die derzeitige Diskussion dahingehend geführt wird, die Stadtbevölkerung bestmöglich vor gesundheitsgefährdenden Straßenverkehrs-Emissionen zu schützen.

Warum wurde es bisher auf politischer Ebene weitgehendst verhindert, dass Menschen in Großstädten wie München überhaupt erst die Möglichkeit dazu hätten, Fahrradstraßen, geschweige ein durchgängiges Radverkehrswegenetz, leicht zugänglich zu nutzen? Warum gibt es aus umwelt-politischer Sicht auf Bayerischen Autobahnen kein Tempolimit 130?

Warum muss auch für den Vorzeigefreistaat Bayern das Bundesverwaltungsgericht erst mit einem Grundsatzurteil und anschließend örtliche Gerichte dafür sorgen, dass all dieser gesundheitsgefährdende Verkehrsdreck aus den Innenstädten verschwindet? Darüber könnte uns zum Beispiel ein Landtagsabgeordneter a.D. wie Hans Ritt Auskunft geben, wenn er sich bei seinen Leserbriefen mehr auf die Sachlage, als auf eine Fülle von Eigenschaftswörtern konzentrieren würde.